



Evangelische Verantwortung

August 1988

Ehe, Familie und Erziehung als Gabe und Aufgabe evangelischer Verantwortung

Hartmut Steeb

„In der Familie verdichten sich die Veränderungen und Fragestellungen unseres heutigen Lebens“, heißt es in einer Studie der Evangelischen Kirche Deutschlands. Hartmut Steeb, Geschäftsführer der Deutschen Evangelischen Allianz, zeigt im folgenden Beitrag die besondere Aufgabe einer Politik aus evangelischer Verantwortung auf, Ehe, Familie und Erziehung als bleibende Werte zu stärken und zu schützen.



Plastik, Dorothea Steigerwald

Neben Hartmut Steeb äußern sich zum angesprochenen Themenkreis in dieser Ausgabe Dr. Paul Hoffacker und Pfarrer Timm Lohse. Die teilweise gegensätzlichen Gewichtungen und Standpunkte sollen zur Diskussion anregen.

„Liebe macht die Ehe allmählich überflüssig“, so tönt im August ein Artikel der Stuttgarter Zeitung. Dahinter verbirgt sich zwar nur eine Buchbesprechung eines 1987 erschienenen Bandes über „Freie Liebe – wilde Ehe“, aber die Schlagzeile suggeriert dem unbefangenen Überschriftenleser eine Scheinwahrheit, die überdies voll im Trend der Zeit zu liegen scheint. Zufällig hatte ja einige Zeit vorher der bundesdeutsche Fußballtrainer Schlagzeilen gemacht, nicht mit sportlichen Erfolgen, sondern mit der groß aufgezogenen Nachricht einer neuen „Geliebten“, um deretwillen er sich von seiner Frau trennte.

Wenn aber Politiker, Spitzensportler, Künstler und immer häufiger auch Pfarrer die Ehe nicht mehr als die unauflösliche Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau leben, dann hat das Signalcharakter. Denn Menschen des öffentlichen Lebens sind – ob sie das wollen oder nicht – Vorbilder für die Nation. Durch ihren Lebenswandel bestimmen sie mehr die Bewußtseinsbildung eines Volkes als durch manche schöne Rede. Ehe erscheint so vielen nicht mehr als die anzustrebende lebenslange Bindung eines Paares. Ehescheidungen in früher nicht gekanntem Ausmaß – heute wird etwa jede dritte Ehe geschieden – signalisieren die Zerrüttung einer über Jahrhunderte hinweg bewährten Ehetradition. Oder haben diejenigen recht, die behaupten, daß das heutige Zeitalter mit der Auflösung ehelicher Bindungen die große Befreiung aus alten Zwängen darstelle, etwa nach dem Motto

„Jetzt beginnt die große Liebe“? Waren die Ehen früher nur um eines äußeren Scheins willen aufrecht erhalten geblieben, so daß die „neue Liebe“ auch eine Ehrlichkeit und Wahrheit gleichsam mit hervorbringt?

Innenweltverschmutzung zerstört Geborgenheit in Ehe und Familie

Wer über Sinn und Unsinn einer Institution oder Tradition nachdenkt, der muß sich auch den Folgen stellen, die ein verändertes Verhalten mit sich bringt. Sind diese „Früchte“ praktischer Ehe- und Familienverachtung schon ausreichend bedacht worden?

Nie zuvor gab es so viele Scheidungswaisen. Nicht selten leben Kinder hier in schrecklichen Spannungszuständen, wenn der Mann oder Freund der Mutter jemand ganz anderes ist als der Vater, den das Kind zweimal im Monat am Wochenende sieht. Als Elternbeiratsvorsitzender einer Grundschule höre ich die Klagen von Lehrern über die vereinsamten und nicht selten verhaltensgestörten Kinder, die in Schulklassen auch wegen mangelnder Gemeinschaftsfähigkeit viel Not machen.

Nie zuvor hat ein Volk selbst freiwillig unter dem Vorzeichen von Emanzipation dafür gesorgt, daß es ein aussterbendes Volk wird. Bei bleibender Tendenz werden wir schon in hundert Jahren nicht einmal die Hälfte heutiger deutscher Bevölkerung zählen. Trotz allen Hochs der Selbstfindung, Selbstbestätigung und Selbstentfaltung scheinen wir so wenig von uns selbst überzeugt zu sein, daß wir auch am Bestand unseres Volkes und unserer Nation Interesse zeigen und dafür bereit wären, Opfer auf uns zu nehmen, ein Stück Selbstbeschränkung zu leben. Nicht nur im ökologischen Bereich, viel mehr im Umgang untereinander leben wir – zum Teil noch unbewußt – zu Lasten kommender Generationen. Der jetzt ausgebrochene Pflegenotstand in Krankenhäusern und Altenheimen ist erst der Beginn einer problembeladenen Entwicklung – die im übrigen weder dauerhaft durch immer noch propagierte Arbeitszeitverkürzungen noch durch Lohnerhöhungen lösbar sein wird.

Nie zuvor hatten wir auch so viele depressive, psychisch und psychosomatisch Erkrankte in unserem Volk wie heute. Und wenn viele scharf zu analysieren meinen, daß dies in erster Linie Auswirkungen der Hektik des Industriezeitalters und Umweltverschmutzung seien: Hauptursache ist die Innenweltverschmutzung, welche Geborgenheit in Ehe und Familie, Wertorientierung in Schule und Kirche und Möglichkeit des Verzichts als Zeichen menschlicher Freiheit und wahrer Humanität zerstört hat.

Ziel der „freien“ Liebe durch Medien verbreitet

Als Leiter des Jugendwerks einer Kirchengemeinde bin ich Hunderten von Kindern und Jugendlichen persönlich begegnet. Nie habe ich erlebt, daß Scheidungen problemlos oder gar als echte Lösungen

erlebt wurden. Aber wie viele an Leib und Leben Erkrankte haben sie zurückgelassen?

Ehe und Familie sind nicht nur durch Zerbruch gefährdet, sondern auch durch eine hohe Akzeptanz eheähnlicher – und damit letztlich ehewidriger – Gemeinschaften. Das beginnt mit einem sogenannten freizügigen Umgang mit der Gabe der Sexualität, und das geht bis hin zur ehewidrigen Gemeinschaft Ergrauter. Wenn eine vom ZDF durchgeführte Umfrage ergab, daß 70 % der jetzt 18- bis 21jährigen schon (unverheiratet) Sexualkontakte hatten, die meisten schon im Alter von 16 und 17 Jahren, dann zeigt das an, daß es für Jugendliche kaum einen bindenden Zusammenhang zwischen Ehe und sexueller Gemeinschaft gibt. Ist das die liebende Generation? Zweifel sind angebracht. In der Fernsehsendung „Doppelpunkt-Gespräch“ am 3. August sagte ein Jugendlicher offen: „Ich will Spaß beim Sex, ich will Selbstbestätigung.“ Das heißt doch: Sexualität wird begriffen als Mittel zur Selbstbefriedigung zu zweit. Kein Wunder: Das von vielen „Aufklärern“ gesetzte pädagogische Ziel „freie Liebe“ wurde ja durch einen Medienfeldzug unzähliger Illustrierter, begleitet von scheinbar psychologischen Erkenntnissen, verbreitet und durch nicht wenige Sendungen in Funk und Fernsehen einer ganzen Nation vermittelt. Auch im Parlament schlug sich das nieder. Die bedingte Freigabe der Pornographie, die „Liberalisierung“ des Sexualstrafrechts bis hin zum Verzicht auf eine strafrechtliche Ahndung der Tötung ungeborenen Lebens wurden beschlossen. Was hat das gebracht?

Steht etwa die Liebe seither in höherem Kurs? Ist es denn ein Fortschritt, daß Kinder auf ihren Schulwegen an Sexläden und Pornokinos vorüberziehen müssen? Hat denn der Verzicht auf Strafverfolgung bei Abtreibung mehr Freiheiten für die Frau gebracht? Als Mitverantwortlicher für die Stuttgarter „Aktion Helfen statt Töten“, mit der wir einen telefonisch rund um die Uhr ansprechbaren Hilfsdienst für schwangere Frauen aufgebaut haben, weiß ich um die Not vieler Frauen, die von ihren Männern und Partnern nach wie vor zum Schwangerschaftsabbruch gedrängt werden, anstatt ihnen den Rücken zu stärken und Hilfe und Unterstützung während der Schwangerschaft und bei der Erziehung der Kinder zuzusagen.

Was ist dem allem aus evangelischer Verantwortung entgegenzuhalten?

Die Ehe als Gabe

Evangelische Verantwortung bedeutet nicht, auf irgendwelche Sonderlehren hinzuweisen. Die Evangelische Kirche ist eine Kirche des Wortes – eine Kirche des Wortes Gottes. Deshalb darf evangelische Verantwortung nicht konfessionalistisch enggeführt verstanden werden. Sie bedeutet evangelisches Denken und das heißt vom Wort Gottes geprägtes Denken, vom Wort Gottes geprägte Verantwortung. So ist auch Artikel 6 GG, der „Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates“ stellt, nur zu verstehen durch die Präambel „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott...“. Denn die Ehe ist ja keine

Erfindung des Staates. Sie ist auch keine Erfindung konservativer Soziologen, sondern sie ist Stiftung Gottes. Sie ist Gottes Wille. Er ist der Gründer der Ehe. Darum kann die Ehe nur recht verstehen und letztlich nur verantwortlich leben, wer sie als Stiftung, Gabe, Geschenk auffaßt (1. Mose 2, 18 u. 24; Sprüche 19, 14 u. 31, 10; 1. Timotheus 4, 4).

Die ersten beiden Kapitel der Bibel, Mose 1 und 2, verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit! Das, was uns dort von Gott und der Welt gesagt wird, zeigt uns ja die von Gott geschaffene und ursprünglich von Gott gewollte Wirklichkeit vor dem Sündenfall – der Revolution des Menschen gegen Gott. Die Einsetzung der Ehe, die Beauftragung für die Ehe und die seelisch-leiblich-geistige Erfüllung ist von Gott ursprünglich gewollt. So ist die Ehe tatsächlich ein Stück paradiesischer Überbringung. Nur von diesem Gedanken her wird verständlich, warum sich auch Jesus klar und deutlich zur Ehe und zu ihrer Unauflöslichkeit stellt (Markus 10, 1–12). Deshalb gilt entgegen allem Zeitgeist: Wer die Ehe angreift, der greift damit die Stiftung und Schöpfung Gottes an. Dazu kommt noch, daß die Ehe im biblischen Wort nicht nur abstrakt eingesetzt und geschützt ist. Sie ist im Alten und Neuen Testament durchgängig immer Abbild der Liebe Gottes zu seinem Volk und der Liebe Jesu zu seiner Gemeinde. Und so wird immer wieder die Treue Gottes und die Liebe Jesu auch als Begründung für die menschliche Liebe und die eheliche Treue angesehen (z. B. Epheser 5, 22, 23).

Familie als Aufgabe

Ich habe mit 21 Jahren geheiratet. Als wir – meine Frau und ich – mit 22 Jahren unser erstes Kind zur Welt bringen durften, da sagte eine Nachbarin zu meiner Mutter: „Ihr Sohn tut mit leid. Jetzt hat er schon so früh geheiratet und nun haben die beiden schon ein Kind: Da ist ja seine ganze Jugend kaputt.“ Hatte die Nachbarin nicht recht? War die Jugend jetzt vorbei? Denken so nicht die meisten unserer Zeitgenossen? Wenn Jugendllichkeit ein Leben ohne Aufgaben und Verantwortung ist, leichtsinnig sein dürfen und oberflächlich dahinleben, dann hatte die Nachbarin recht. Wenn aber Jugendllichkeit nicht im Widerspruch steht zur Bereitschaft, Aufgaben anzufassen und zu vollenden, also mit Leistung und Verantwortung, dann gibt es auch als junger Mensch ein ganzes Ja zur Aufgabe in Ehe und Familie. Wenn die Ehe als Gabe Gottes gesehen wird, dann ist es auch notwendig, nach den damit verbundenen Zielen zu fragen. Denn der Schenkende will, daß der Beschenkte das Geschenk nutzt und nicht vergammeln läßt. (Es kann aus Platzgründen nicht mehr ausgeführt, sondern nur noch angedeutet werden, welche Ziele Ehe und Familie nach biblischer Auffassung haben. Weil es dabei um evangelische Verantwortung geht, gebe ich die Bibelstellen zur Weiterarbeit an.)

- Es geht auch in Ehe und Familie, wie in unserem ganzen Leben, um die Ehre Gottes (1. Kor. 10, 31).

- Abbild der Liebe Gottes zu den Menschen (2. Kor. 11, 2; Matthäus 9, 15).
- Gemeinschaft im Vollsinn, im Eins-Sein (1. Mose 2, 18–25)
 - als Arbeitsgemeinschaft 1. Mose 1, 28 (z. B. Arbeitsteilung)
 - als Ernährungsgemeinschaft 1. Mose 1, 29 (z. B. gem. Essen)
 - als Hilfgemeinschaft 1. Mose 2, 18 (Ergänzung der Gaben)
 - als Lebensgemeinschaft 1. Mose 2, 24 (alle Lebensbereiche)
 - als Treue-Gemeinschaft 1. Mose 2, 24 (Ehe auf Lebenszeit)
 - als Geschlechtsgemeinschaft 1. Mose 1, 28 (nur in der Ehe)
 - als Erziehungsgemeinschaft 5. Mose 6, 7, 20–25
- Verhinderung der Unzucht (1. Kor. 7, 2, 9; 1. Tim 5, 14)

So realistisch ist Gottes Wort. Er weiß um des Menschen Herz. Und deshalb ist es gemeingefährlich, wenn die Frage des geschlechtlichen Umgangs der freien Willkür überlassen bleibt. So barmherzig ist Gott, daß er wegen unserer Schwachheit starke Mauern baut, über die wir selbst nicht ohne Not klettern. Deshalb ist es niemals Aufgabe des Staates, die dicken Mauern der biblischen Eheordnung durchlässiger zu machen.
- Erquickung und Freude (Hesekiel 24, 16; Prediger 9, 9).

Erziehung als Verantwortung

Wer die Gabe der Geschlechtlichkeit bejaht und sie als Mittel der besonderen Gemeinschaft zwischen Mann und Frau nutzt, aber die Frucht der geschlechtlichen Gemeinschaft, nämlich die Zeugung von Kindern, verneint, der gleicht einem Menschen, der einen Apfelbaum nur wegen seiner schönen Blüten pflanzt, aber sich um die Früchte nicht kümmert. Wer keine Kinder möchte, der verneint die Verantwortung für die

Aus dem Inhalt:

Ehe, Familie und Erziehung als Gabe und Aufgabe evangelischer Verantwortung	1
Die Familie – Stütze und Zukunft unserer Gesellschaft	4
Vom Nutzen und Frommen eines kirchlichen Ehemonopols	6
Die Einheit der Deutschen mit Leben erfüllen – Evangelische Kirche in Ost und West	11
Namen und Notizen	11
Für uns gelesen	12
Aus unserer Arbeit	12

Zukunft. Daß dies in so großem Maße gerade heute geschieht, wo gleichzeitig allerorten die Verantwortung für die Zukunft beschworen wird, ist eine der vielen Widersprüche unserer Zeit. Demgegenüber gilt es aus evangelischer Verantwortung zu betonen, daß Kinder Gabe Gottes sind, für die wir Verantwortung tragen, auch und gerade Verantwortung für die Erziehung (Artikel 6, 2 GG). Deshalb ist es nicht recht, wenn Eltern die Erziehungsaufgabe Kindergärten und Kindertagheimen, Schulen oder außerschulischer Jugendarbeit überlassen. Es bedarf einer Wiederentdeckung, daß die Erziehungsaufgabe weit vor jeder Berufsaufgabe rangiert. In jedem Beruf und jedem Amt ist jede Frau und jeder Mann ersetzbar. Nicht aber in der Familie und bei der Erziehung der Kinder. Wir dürfen die „vaterlose Gesellschaft“ nicht durch eine „mutterlose Gesellschaft“ verschlimm-bessern.

Der Oxford Soziologe Unwin hat in einer großangelegten Arbeit 80 menschliche Kulturen untersucht. Einbezogen hat er sowohl heutige Kulturvölker als auch Eingeborenenstämme und sogenannte Primitivkulturen, vergangene und heute lebende. Dabei hat er u. a. die Entdeckung gemacht: Die Art, wie sich die Beziehungen zwischen Mann und Frau, zwischen Jungen und Mädchen in einem Volk gestalten, ist entscheidend für die soziale und kulturelle Kraft dieses Volkes. Man könnte seine Ergebnisse etwa so zusammenfassen: je strenger die Sitten (vor und außerhalb der Ehe), um so schöpferischer das Volk und um so lebensstüchtiger seine junge Generation.

Es ist eine besondere Aufgabe einer Politik aus evangelischer Verantwortung, Ehe, Familie und Erziehung als bleibende Werte zu stärken und zu schützen. Wir haben noch einen weiten Weg vor uns.

Die Familie – Stütze und Zukunft unserer Gesellschaft

Paul Hoffacker

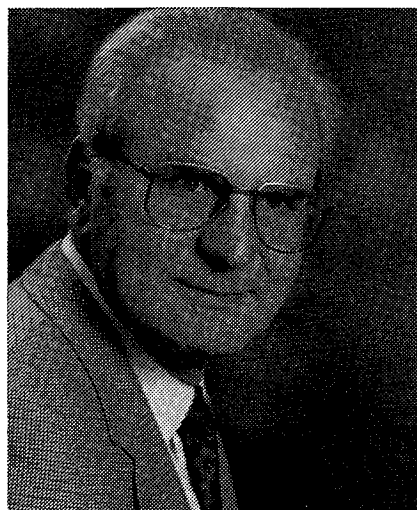
Die Familie ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen. Befragt man philosophisch-soziologische Zukunftsvorstellungen für unsere Gesellschaft, so hat bei einigen Entwürfen die Familie einen ganz herausragenden Stellenwert. Dr. Paul Hoffacker MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, skizziert im folgenden Aufgaben einer soliden Familienpolitik in einer ständig Veränderungen unterworfenen Gesellschaft.

1. Bestandsaufnahme

Wir leben in einer Zeit, in der die klassischen Werte Ehe und Familie vielfach ihre ursprüngliche Bedeutung verloren haben oder doch in ihrem Bestand zumindest potentiell gefährdet sind. Dennoch sind auch in der modernen Industriegesellschaft Ehe und Familie Grundbedingungen für ein positives gesellschaftliches Klima, in dem es sich zu leben lohnt.

Ehe und Familie bilden nach wie vor die sicherste und stabilste soziale Einheit. Als Ort der Zusammengehörigkeit von Mann und Frau mit ihren Kindern vermittelt die Fa-

milie das notwendige Vertrauen in die Zukunft und den Wert der eigenen Person. Für die Beziehung der Eltern und ihr Verhältnis zu den Kindern ist die Familie unverzichtbar. Sie vermittelt die Erfahrung, daß der einzelne nicht schutzlos ist und daß Belastungen gemeinsam besser getragen werden können.



Dr. Paul Hoffacker, MdB

Im folgenden mögen einige Zahlen widerspiegeln, wie es momentan mit Ehe und Familie in unserer Gesellschaft aussieht:

Seit Beginn der 60er Jahre geht die Zahl der Eheschließungen in der

Bundesrepublik Deutschland zurück. Während 1962 mit 530 640 Eheschließungen ein relativer Höhepunkt erreicht war, gab es 1978 mit 328 215 Eheschließungen einen absoluten Tiefstand. Seitdem können wir – trotz eines zahlenmäßig deutlichen Anstiegs von Männern und Frauen im heiratsfähigen Alter – einen nur unbedeutenden Zuwachs von Eheschließungen verzeichnen. 1986 haben 372 008 Paare die Standesämter bemüht.

Demgegenüber mußten wir einen sprunghaften Anstieg von Ehescheidungen registrieren. 58 728 Ehescheidungen im Jahre 1965 stehen 130 894 geschiedene Ehen in 1984 gegenüber – das bedeutet einen Zuwachs von mehr als 150 %.

In diese Entwicklung scheint die deutliche Verringerung der Kinderzahl gut zu passen. Es zeigt sich eine Bevorzugung der Familie mit zwei Kindern und ein vergleichsweise geringer Anteil von Familien mit drei und mehr Kindern. In den Ehen, die zwischen 1963 bis 1967 geschlossen wurden, hatten 14 % keine Kinder, 27 % ein Kind, 41 % zwei und 19 % drei und mehr Kinder.

Von den 1973 bis 1977 geschlossenen Ehen hatten 18 % keine Kinder, 27 % ein Kind, 38 % zwei Kinder und nur noch 17 % drei und mehr Kinder. Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu beobachtende Tendenz zu geringeren Kinderzahlen scheint sich hiermit fortzusetzen.

Was die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften betrifft, sind keine exakten Angaben zu machen. Schätzungen zufolge, die bei 600 000 bis 1,25 Millionen Paare liegen, haben sich die nichtehelichen Lebensgemeinschaften gegenüber 1972 fast vervierfacht. Diese sind durch ihre vornehmlich jugendliche Altersstruktur gekennzeichnet. In vielen Fällen ist Eheschließung für diese Gruppe stark mit dem Kinderwunsch verknüpft, es dürfte sich in den meisten Fällen um eine „Ehe auf Probe“ handeln.

Auch aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse scheint eins festzustehen: Größe der Familie, das Generationsverhalten, die Gestaltung des Zusammenlebens, die Gewohnheiten und Formen der Kommunikation und Interaktion der Familienmitglieder haben sich verändert und befinden sich in einem dynamischen Prozeß. Das aktive Einwirken auf diesen Prozeß bleibt indes der Politik, den Kirchen und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen überlassen. Gerade für die Politik bietet sich eine große Chance, den Stellenwert von Ehe und Familie in der öffentlichen Meinung und im Bewußtsein der Bürger entsprechend hoch anzusiedeln.

2. Warum Politik für die Familie

Eine Politik für die Familie findet ihre Legitimation in der Verfassung. Nach Artikel 6 GG stehen Ehe und Familie „unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. Der Staat ist somit verpflichtet, Ehe und Familie sowohl bewußtseinsmäßig als auch durch strukturelle Veränderungen wieder zu einem höheren Ansehen zu verhelfen als es – wie oben erläutert – zur Zeit der Fall ist. Tendenzen, die Ehe und Familie in Zukunft für verzichtbar halten, ist mit Nachdruck entgegenzutreten. Es geht darum, Ehe und Familie als objektive, der beliebigen

Verfügbarkeit entzogene Strukturprinzipien, zu deren Eigenschaften Dauerhaftigkeit und Unauflösbarkeit gehören, bewußt zu machen. Ehe und Familie haben sich historisch als die beständigste Form des Zusammenlebens erwiesen. Nun darf man nicht, sobald diese Beständigkeit zu schwinden scheint, den Schutz aus opportunistischen Gründen aufgeben und den durch völlige Bindungslosigkeit in zeitlicher Sicht charakterisierten nichtehelichen Lebensgemeinschaften das Wort reden. Empirische Untersuchungen belegen, daß Persönlichkeitsentfaltung, das Erlernen sozialer Mitverantwortung sowie die Erfahrung von Lebenssinn und Glück ihren angemessenen Platz innerhalb der Familie finden.

3. Inhalte einer soliden Familienpolitik

Familienpolitik muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Familien sich als Keimzelle unserer Gesellschaft optimal entfalten können. An dieser Stelle ist jedoch gleichzeitig davor zu warnen, die Erwartungshaltung an die Politik zu überziehen. Familienpolitik in einer freien Gesellschaft darf nicht bevormunden, sondern sie kann lediglich günstige Rahmenbedingungen schaffen, die es jedem einzelnen erlauben, sich frei für die Ehe und für Kinder zu entscheiden. In dieser Hinsicht hat die Bundesregierung seit ihrer Amtsübernahme im Jahr 1983 viel getan. Stellvertretend seien hier nur die Einführung des Erziehungsgeldes, die Wiedereinführung des Kindergeldes für junge Leute ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz, die Erhöhung des Kinderfreibetrages, die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung und das Anheben der Ausbildungsfreibeträge für Kinder über 18 Jahre, die im Haushalt des Steuerpflichtigen wohnen, genannt. Darüber hinaus laufen verschiedene Projekte für bedeutende jugendpolitische Vorhaben und die Betreuung älterer Menschen innerhalb der Familie.

Die Zukunft der Familien hängt wesentlich von der Einstellung unserer Gesellschaft zu Kindern ab.

Eine Gesellschaft ohne Kinder büßt einen beträchtlichen Teil ihrer sozialen Qualitäten ein und wird zutiefst inhuman. Die Strukturverzerrung unserer Alterspyramide ist auf mittlere Sicht schon nicht mehr zu korrigieren. Die Kinder, die in 10 Jahren ihre Schul- oder Berufsausbildung abschließen, sind heute bereits geboren. Wenn auch die sogenannten geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre den Geburtenrückgang nicht stoppen, werden wir bald ein kinderarmes Land sein.

Die Qualität einer Gesellschaft erweist sich nicht zuletzt in ihrer Einstellung zum ungeborenen Leben. In unserem Land dürfen über 250 000 Kinder im Jahr nicht das Licht der Welt erblicken, weil sie im Mutterleib getötet werden; in über 85 % der Fälle soll eine soziale Indikation vorliegen. Ich meine behaupten zu können, daß hier etwas nicht stimmt. Unsere Familie hat nur Zukunft, wenn wir das ungeborene Kind zu unserer Familie zählen und es innerlich annehmen. Wir brauchen Anwälte für den ungeborenen Menschen, wenn es um das höhere Ansehen der Familie geht. Um des ungeborenen Lebens und der Familie willen darf die Politik hier nicht tatenlos zusehen. Mehr ideelle und finanzielle Hilfen, mehr Aufklärung und Beratung sind notwendig, um dem beklagenswerten Skandal 250 000-facher Tötung ungeborenen Lebens zu begegnen. Der mittlerweile vorliegende Entwurf eines Bundesberatungsgesetzes ist dabei ein Schritt in diese Richtung.

Für die Bundesregierung ist die Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen erklärtes Ziel ihrer Frauenpolitik. Voraussetzung dafür ist die Durchsetzung der Wahlfreiheit, die es Vätern und Müttern ermöglicht, sich alternativ für die Verbindung der Bereiche Beruf und Familie oder für einen der beiden Bereiche zu entscheiden. Wahlfreiheit besteht dann, wenn die jeweilige Entscheidung keine Benachteiligungen zur Folge hat.

Um Wahlfreiheit zu verwirklichen müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Familientätigkeit muß ideell und materiell als Arbeit von hohem gesellschaftlichen Wert anerkannt werden; Frauen und Männer müssen im Erwerbsleben gleiche Chancen haben.

Quelle: Pressedienst des BMJFFG

4. Ausblick

Im Rahmen dieses Beitrages konnte ich nur ansatzweise auf die in Zusammenhang mit der Familie auftretenden Fragen eingehen. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß Politik für die Familie eine ganze Reihe unterschiedlicher Interessen in unserer Gesellschaft berührt. Familienpolitik steht in Konkurrenz zu

anderen Interessen und muß politisch durchgesetzt werden. Das ist umso schwieriger, als daß es keine mit Macht ausgestatteten Interessenverbände, keine „Lobby“ für die Familie gibt. Deshalb muß zunächst die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer stärkeren Orientierung der Politik an der Familie überzeugt werden. Das Gesagte und Gewollte kann nur erreicht werden, wenn wir einen großen Teil der Gesellschaft auf unserer Seite haben; wir brau-

chen genügend Multiplikatoren für die Angelegenheiten der Familie. Gerade der schwierige Wandel des Bewußtseins in die Richtung für die Familie und für das Kind wird nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn wir das als gut und notwendig Erkannte glaubhaft in unsere Gesellschaft einbringen. Es kommt darauf an, daß immer mehr Menschen bei uns erkennen, daß eine gute Familienpolitik die beste Investition in die Zukunft unseres Landes ist.

Vom Nutz und Frommen eines kirchlichen Ehemonopols

Timm Lohse

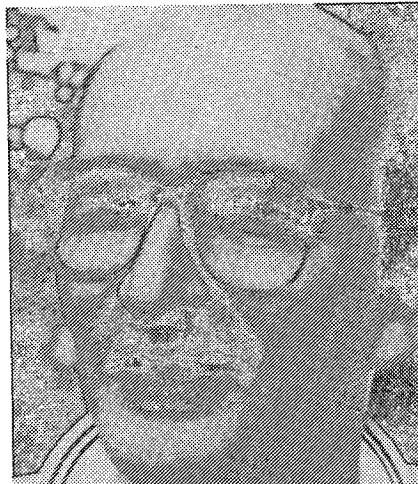
„Ehe“ ist die einzig mögliche und berechnete Form der Zweiergemeinschaft von Mann und Frau, die staatlichen Schutz und kirchlichen Segen für sich in Anspruch nehmen darf. Oder: „Ehe“ ist eine rechtliche Sonderform vieler anderer möglicher Zweiergemeinschaften von Mann und Frau, die zu Unrecht von Kirche und Staat bevorzugt behandelt wird.

Dies sind gegensätzliche Standpunkte, bewußt zugespitzt formuliert, um die beiden Pole und ihre Magnetfelder zu markieren, die sich aus der Spannung zwischen gesellschaftlicher und kirchlicher Tradition einerseits und der offenkundigen Realität andererseits ergeben. Dabei ist es weiter nicht verwunderlich, daß aufgrund der langen, bisweilen eng verschlungenen Geschichte von Kirche und Staat in kirchenamtlichen Verlautbarungen wie auch in der kirchlichen Praxis „Ehen mit Trauschein“ mehr gelten und „Ehen ohne Trauschein“ demgegenüber abgewertet werden.

Mir liegt daran aufzuzeigen, daß kirchliches Handeln sich aus der Einengung auf vorgegebene staatliche Interessen befreien und auf seine biblisch-christliche Verkündigungsverantwortung besinnen kann. Dann treten jedoch formal-rituelle Aspekte zurück zugunsten der Frage, wodurch sich geglücktes Zusammenleben zweier Menschen auszeichnet und wie Kirche helfen kann – entsprechend der Trauformel: „in guten wie in bösen Tagen“.

Zur Situation heute

In der überlieferten Vorstellung ist die einmalige, lebenslange Ehe die einzig mögliche und Erfüllung versprechende Gemeinschaft zwischen Mann und Frau. Die Ehe ist zugleich Siegel und Bewährungsraum für die wahre Liebe; sie garantiert Mann und Frau, daß beide sich ernst nehmen und es ernst meinen,



Timm Lohse

und sie offenbart dies öffentlich. Damit signalisiert „Ehe“, daß diese beiden für mögliche andere (Sexual-) Partner tabu sind und andererseits die unbedingte Voraussetzung für eine Familiengründung gegeben ist. Eine intakte Familie setzt eine intakte Ehe voraus, eine gute Ehe ist die beste Grundlage für eine glückliche Familie.

Diese überlieferten Vorstellungen geistern durch die Erwartungshaltung von jung und alt, obwohl die Lebenswirklichkeit anders aussieht: Jede dritte Ehe in der Bundesrepublik wird geschieden. Sehr viele der Geschiedenen gehen wieder neue Lebensgemeinschaften ein. Die Hälfte unserer Kinder wächst inzwischen in neu zusammengesetzten Familien auf. Die Zahl der „Ehen ohne Trauschein“ nimmt zu. Ehen scheitern als Eltern, und Eltern scheitern als Ehe; in beiden Fällen erscheint die Trennung oder Scheidung des Paares als immer selbstverständlicher, heißt weniger tabuisierter Weg. Je unproblematischer die „Scheidung“ wird, desto problematischer erscheint die „Ehe“.

Nun haben sich in den letzten Jahren, vor allem mit der 68er Generation, andere Lebensformen für Zweiergemeinschaften entwickelt, die den rechtlich-kirchlichen Status weit weniger oder überhaupt nicht anstreben:

- Junge Leute leben eine Zeitlang (vor der Ehe) zusammen mit dem Ziel, irgendwann zu heiraten, gleichsam um sich zu üben und zu proben.
- Die Partner leben zusammen und wollen den rechtlich-kirchlichen Status bewußt nicht; sie heiraten dann aber doch, wenn/ weil sie ein Kind bekommen (bekamen) und sie ihre „Familie“ absichern wollen. „Traufungen“ (Taufe + Trauung)

sind jedem Pfarrer aus seiner Praxis wohl bekannt.

- Frau und Mann leben „dauerhaft“ in einer freigestalteten Gemeinschaft zusammen – als ihre Alternative zur Ehe.
- Ältere Menschen (verwitwete oder geschiedene, die keine Elternverantwortung mehr haben) ziehen ein gemeinsames Leben mit einem „Lebensgefährten“ dem Alleinsein vor. Eine Veränderung des rechtlichen Status durch eine Eheschließung bedeutet für sie aber meist erhebliche finanzielle Nachteile; eine kirchliche Trauung ist damit ausgeschlossen.

Vor, neben und nach der Ehe werden heute also andere sinnvolle Formen der Lebensgemeinschaft von Frau und Mann gelebt. Bei aller unterschiedlichen Bewertung ist die öffentliche Beurteilung von diesen „Ehen ohne Trauschein“ über die letzten Jahre hin offener und toleranter geworden. Zweiergemeinschaften wählen eben unterschiedliche Formen für ihr Miteinander – entsprechend ihren unterschiedlichen Bedürfnissen, wie sie ihr Füreinanderdasein ausdrücken möchten. An der äußeren Form, die das Paar sich wählt, kann nicht abgelesen werden, wie ernsthaft und verbindlich sie zusammenleben wollen. Diese Entwicklung wird von der christlichen Kirche nicht angemessen wahrgenommen und begleitet.

Zur Erklärung der heutigen Situation

Der Prozeß der Privatisierung der Ehe geht einher mit den die Gesellschaft umwälzenden Entwicklungen der Industrialisierung. Die Ehe entfernt sich immer weiter weg von einer ökonomisch und biologisch zwingenden trans-generationellen Lebensgemeinschaft; in diesem Verbund erzeugen Frau und Mann gemeinsam; sie verbrauchen gemeinsam, sie unterhalten sich gegenseitig, sie zeugen Kinder und erziehen sie. Die Vorstellungen, die sich heute mit „Ehe“ verknüpfen, nähern sich dagegen immer mehr der Erwartung einer Personen-, Verstehens-, Liebesgemeinschaft; Ziel und Sinn dieser Gemeinschaft

Es halten für eine gute Ehe für sehr wichtig:	Bevölkerung ab 18 Jahre insgesamt	
	Bundesgebiet %	Europa %
Treue	79	81
Gegenseitiger Respekt und Anerkennung	78	83
Gegenseitiges Verstehen und Toleranz	77	78
Glückliche sexuelle Beziehungen	52	65
Gemeinsame Interessen	52	46
Kinder	41	55
Von den Schwiegereltern getrennt leben	36	50
Angemessenes Einkommen	33	39
Gute Wohnverhältnisse	31	37
Den Haushalt gemeinsam machen	19	30
Gemeinsame religiöse Überzeugungen	19	23
Gleiche soziale Herkunft	15	22
Übereinstimmung in politischen Fragen	8	10

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1295

ist, daß Frau und Mann sich gegenseitig annehmen, miteinander reden, sich bergen und bestätigen:

- die Arbeitswelt mit ihren verschleißenden Hetze- und Streßstrukturen steigert jedoch die Wünsche nach ausgleichenden Intimitäts- und Individualitäts-, Ruhe- und Regenerationserlebnissen in der Ehe oft ins Unerfüllbare;
- die allgemeine Lebenserwartung ist in den letzten hundert Jahren um ca. 30 Jahre gestiegen. Daraus ergibt sich eine weitaus längere mögliche Ehedauer. Mehr als früher unterliegt also die Ehe/Zweiergemeinschaft Wandlungen und Entwicklungen:

Zunächst stehen mehr die Zwei, das gemeinsame Aufbauen im Vordergrund; dann die Kinder und die berufliche Entfaltung, später tritt das Familiäre und die Karriere zurück; jeder entdeckt und betont seine Eigenheit; das Paar sucht und braucht über seine gemeinsame bisherige Geschichte hinaus Anregungen und Ziele für eine gemeinsame zukünftige Gestaltung seiner Zweiergemeinschaft.

Die Entwicklungen des Einzelnen und des Paares laufen in ihrer Intensität und Zielrichtung selten wie ein vollsynchronisiertes Getriebe. Es kracht bisweilen hörbar, und über die Fortdauer der Ehe/Zweiergemeinschaft entscheidet dann weniger der standesamtliche Trau-

schein noch die kirchliche Trauung als vielmehr die Bereitschaft beider, sich nicht wechselseitig zu blockieren, sondern sich trotz der Entwicklung und Krisen zu verstehen und voneinander angenommen und geliebt zu fühlen.

Daß vieles während einer Ehe und einer Elternschaft von Frau und Mann gelebt wird, wiegt oft so schwer, daß die Schäden und Narben einer geschiedenen Ehe oder gescheiterten Lebensgemeinschaft als weniger belastend eingeschätzt und erlebt werden, als die Ehe nur zum Schein oder der Kinder wegen aufrechtzuerhalten.

Zum derzeitigen kirchlichen Handeln

Die Trauung als gottesdienstliche Segenshandlung ist standesamtlich verheirateten Paaren vorbehalten. Für diese Koppelung gibt es keine zwingende theologische Begründung, sie ist vielmehr nur zu verstehen aufgrund der langen „Ehe zwischen Thron und Altar“. Ihre besondere Zuspitzung hat diese Koppelung erhalten durch die Personenstandsgesetzgebung Bismarcks und die aus dem Kulturkampf bis in unser heutiges bürgerliches Gesetzbuch überkommene Strafandrohung für Nichtbeachtung der Reihenfolge: erst Standesamt, dann Kirche. Daß dadurch viele andere Zweiergemeinschaften in Seelsorge und Segen leer ausgehen, hat erst in jüngster Zeit zu kritischen Äußerungen gegenüber

Fortsetzung Seite 10

„Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“

Programm

Dem Menschen ist aufgetragen, Verantwortung für die Schöpfung zu übernehmen.

Angesichts einer oft allzu unbedenklichen Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen, eines fast schon schrankenlosen Umganges mit menschlichem und nichtmenschlichem Leben müssen wir uns allerdings fragen, ob der Mensch sich seiner Aufgaben und Grenzen immer deutlich bewußt ist.

Er selbst hat den Schadenskreislauf anfänglich durch Unwissenheit später durch einen oft rücksichtslosen Umgang mit der Natur, durch unbesonnenes technisches Verhalten und häufig wegen kurzfristiger Interessen in Gang gesetzt. Auch wenn viele die Notwendigkeit einer Umkehr erkannt haben, scheinen ökologisches Handeln und wirtschaftliche Interessen oftmals nicht vereinbar.

Die Bio- und Gentechnologie haben sich zu wichtigen Zukunftstechnologien entwickelt. Erstmals scheint eine erfolgreiche Bekämpfung des Hungers in der Welt möglich. Aber auch dieser wissenschaftliche Fortschritt birgt auf anderen Gebieten Gefahren: Menschliches Leben wird in hohem Maße verfügbar.

Macht Euch die Erde untertan – dieser Auftrag meint nicht Unterdrückung und Ausbeutung, sondern Erhaltung und Gestaltung der Erde und dessen, was auf ihr lebt. Um diese Verantwortung wahrzunehmen soll der Mensch alle seine Kräfte, auch seine Vernunft einsetzen.

Über die Umsetzung in praktisches Tun gibt es Meinungsverschiedenheiten. Wir laden Sie darum herzlich ein, mit uns diese Diskussion zu führen und nach gemeinsamen Wegen in die Zukunft zu suchen.

A. Martin

Albrecht Martin
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Freitag, 7. Oktober 1988

15.00 Uhr Bundesarbeitskreis
(Delegiertenversammlung)
Neuwahl des Bundesvorstandes

20.00 Uhr Theologisches Abendgespräch
„Macht Euch die Erde untertan –
Schöpfungsethik in der Krise“

Gesprächsteilnehmer:
Landesbischof i. R.
D. Hans von Keler,
Herrenberg

Prof. Dr. Klaus Töpfer,
Bundesminister für Umwelt, Natur-
schutz und Reaktorsicherheit, Bonn

Leitung:
Staatsminister
Albrecht Martin, MdL
Bundesvorsitzender
des EAK der CDU/CSU

22.00 Uhr Empfang auf Einladung
des EAK-Bundesvorsitzenden

Samstag, 8. Oktober 1988

9.00 Uhr Geistliches Wort

Bischof Heinz-Georg Binder,
Bevollmächtigter des Rates der EKD
am Sitz der Bundesrepublik
Deutschland

9.15 Uhr Eröffnung

Staatsminister
Albrecht Martin, MdL
Bundesvorsitzender
des EAK der CDU/CSU

9.45 Uhr Grußworte

Dr. Norbert Blüm, MdB
Bundesminister für Arbeit und
Sozialordnung

Dr. Hans Daniels, MdB
Oberbürgermeister der Stadt Bonn

10.15 Uhr Vorträge:

Dr. Heiner Geißler, MdB
Generalsekretär der
Christlich Demokratischen Union
Deutschlands

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Bundesminister
für besondere Aufgaben

13.00 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr Pressekonferenz
(besondere Einladung)

14.00 Uhr Foren

16.45 Uhr Plenum

Forum I Das Leben schützen

Menschliches Leben ist unverfügbar. Das verpflichtet uns zum Schutz des Menschen am Lebensanfang und am Lebensende.

Darüber hinaus werfen neue Möglichkeiten der Manipulation des Menschen die Frage nach der Begrenzung des menschlichen Gestaltungswillens auf und fordern ethisch und rechtlich fundierte Antworten.

Diskussionsteilnehmer:

Dr. Wolfgang Furch,
Chefarzt der Frauenklinik
am Städtischen Krankenhaus Bad
Nauheim, Sprecher von Pro vita

Dr. Renate Hellwig, MdB
Mitglied der Kammer für öffentliche
Verantwortung der EKD, Bonn

Prof. Dr. Martin Honecker,
Systematische Theologie und
Sozialethik an der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität,
Bonn

**Prof. Dr. Traute M. Schroeder-
Kurth**,
Direktorin der Abteilung für Cyto-
genetik am Klinikum der Ruprecht-
Karls-Universität, Heidelberg

Leitung: **Dr. Sieghard-Carsten Kampf**,
MdHB
Stellv. EAK-Bundesvorsitzender,
Hamburg

Tagungspräsidium

Arnulf Borsche

Ursula Dippel

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB

Birgit Heide

Peter W. Höffkes, MdB

Dr. Sieghard-Carsten Kampf,
MdHB

Landtagsvizepräsident

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL

Dr. Gerd Langguth

Pastor **Dr. Gottfried Mehnert**

Dr. Friedrich Menke

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski

Dr. Gerhard Rödding, MdL

Staatsminister a. D.

Friedrich Vogel, MdB

Klaus Weigelt

Uwe Wienholz

Waltrud Will-Feld, MdB

Tagungspräsidenten

Staatsminister **Albrecht Martin**,
MdL

Bundesminister a. D.
Dr. Werner Dollinger, MdB

Forum II Die Schöpfung bewahren

Umweltprobleme bestimmen die Schlagzeilen. Ständig werden Schäden an der Umwelt entdeckt, die uns beunruhigen: Unfälle erschrecken uns. Sie machen deutlich, welche Verantwortung wir für unsere Mitwelt tragen, die wir Christen als Gottes Schöpfung sehen.

Diskussionsteilnehmer:

Dr. Reinhard Göhner, MdB,
Vorsitzender des Ausschusses für
Umwelt, Naturschutz und Reaktor-
sicherheit, Bonn

KR Helmuth Koegel-Dorfs,
Beauftragter der Evangelischen
Kirchen bei Landtag und
Landesregierung Nordrhein-West-
falen, Düsseldorf

Dr. Hedda Meseke,
Staatssekretärin im Niedersäch-
sischen Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten,
Hannover

Dorothea Ossendorf-Engels,
Vorstandsmitglied der Vereinigung
von Unternehmerinnen, Köln

Leitung: **Dr. Hans-Ulrich Klose**, MdL,
Landtagsvizepräsident und EAK-
Landesvorsitzender von Nord-
rhein-Westfalen, Korschenbroich

Forum III Die Zukunft sichern

Ob in der Medizin, der Pharmazie, der friedlichen Nutzung der Kernenergie, überall wächst die Skepsis der Bürger. Der Euphorie ist die Ermüchterung über die Auswirkung des Fortschritts auf das Leben der Menschen gefolgt.

Können wir das Vertrauen in die eigene Zukunft wiedergewinnen?

Diskussionsteilnehmer:

Dr. Wolfgang Böhme,
Evangelische Studiengesellschaft
für Sozial- und Wirtschaftsethik,
Karlsruhe

Prof. Dr. Wolf Häfele,
Vorsitzender des Vorstandes der
Kernforschungsanlage Jülich

Christian Lenzer, MdB,
Vorsitzender des CDU-Bundes-
fachausschusses Forschung
und Technologie, Bonn

Christa Thoben, MdL,
Vorsitzende des CDU-Bundes-
fachausschusses Wirtschafts-
politik, Stellv. Landesvorsitzende
der CDU in Nordrhein-Westfalen,
Bochum

Leitung: Staatsminister a. D.
Friedrich Vogel, MdB,
Stellv. EAK-Bundesvorsitzender,
Bonn



Anmeldeschluß: 24. September 1988

Bitte eine Postkarte schicken an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Hauptabteilung Organisation
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Telefon: 02 28/544-302

Zimmerreservierung nur über: Presse- und Werbeamt der Stadt Bonn
Berliner Platz 2 / Stadthaus
5300 Bonn 1
Telefon: 02 28/77 39 23

Anmeldeschluß für Zimmerreservierung ist der 7. September 1988.

dieser Koppelung und zu einer (wenn auch nur sporadischen) von amtlichen Vorgaben befreiten Traupraxis geführt: gottesdienstliche Segenshandlungen für „Ehen ohne Trauschein“ und „gleichgeschlechtliche Paare“ provozierten nicht nur ein gehöriges Rauschen im Blätterwald, sondern auch die entsetzte Entrüstung kirchenamtlicher Christen und rechtgläubiger Politiker.

In kirchenamtlichen Verlautbarungen gilt denn auch immer wieder „Ehe“ als besonders privilegierte Form der Zweiergemeinschaft von Mann und Frau, wie wenn ihr allein das Monopol religiös-ritueller Begleitung zukäme. „Ehen ohne Trauschein“ (ja auch nur standesamtlich geschlossene Ehen) werden demgegenüber inzwischen zwar zur Kenntnis genommen, letztlich aber abgewertet, da ihnen das Maß voller Entwicklung und Reife abgesprochen wird.

Wohl unter dem Druck zunehmender Scheidungsfreudigkeit ist der Schlußteilsatz des kirchlichen Trauformulars: „bis daß der Tod euch scheidet“ zunehmend in die Schußlinie der Kritik geraten; es mangelt nicht an Versuchen, ihn mildernd zu modifizieren oder schlicht ersatzlos zu streichen. Tatsächlich ist dieser Teilsatz ohne ausführliche theologische Erläuterung in dreifacher Hinsicht mißverständlich:

- er befördert kaum die bei allen Paaren (mit und ohne Trauschein!) vorhandene Bereitschaft zur dauerhaft gewollten Bindung, sondern weckt eher die negativen Assoziationen eines „lebenslänglichen“ Urteilsspruches;
- er fixiert ehe die Vorstellung, daß „von nun an bis ans Ende aller Tage“ für dieses Paar alles so zu bleiben hat wie eben jetzt und verhindert damit, sich aktiv auf Wandlungskrisen einzulassen;
- er führt in die Versuchung, sich wechselseitig auf alte Standpunkte festzunageln, statt einem lebenslangen Wachsen und Entwickeln des Paares und der Partner Raum zu schaffen.

Das Miteinander von Frau und Mann in Zweiergemeinschaften (mit und ohne Trauschein) wird zu wenig

als Prozeß verstanden; die dazugehörenden Krisen, das Versagen und eventuelle Absterben der Beziehung stehen zu sehr unter dem Vorzeichen einer moralischen Verurteilung seitens der Kirche.

Zu wessen Nutz und Frommen also ein kirchliches Ehemonopol?

Kirche braucht sich meines Erachtens weder in ihren Grundsätzen noch in ihrer Praxis auf bestimmte rechtliche Formen der Zweiergemeinschaft als Voraussetzung für ihr Handeln festzulegen. Vielmehr kann sie alle Formen des Zusammenlebens von Paaren in den Blick nehmen und kritisch überdenken. Die Bibel bezeugt, wie sich Leben und Liebe erfüllt. Daraus erschließen sich inhaltliche Kriterien für ein gelungenes Zusammensein von Frau und Mann. Wo Menschen in enger Gemeinschaft leben, hat sich Christsein zu bewähren. Deshalb ist es notwendig,

- zeitgemäße christliche Leitlinien („Haustafeln“) zu entwerfen, die Paaren helfen, an ihrer Vision vom gelingenden Miteinander festzuhalten und ihren Alltag durchzustehen;
- religiös-rituelle Zeremonien jedem Paar zu gewähren, daß sich in biblisch-christlicher Tradition als solches definiert, da Verheißung, Auftrag und Segen Gottes (unabhängig von der gewählten Rechtsform) jedem Gegenüber von Frau und Mann gelten, das sich als Einheit begreift;
- kirchlich-gemeindliches Handeln nicht vordergründig auf das punktuelle Ereignis der Trauung eines Paares zu konzentrieren, sondern dessen Entwicklung, Abläufe, Krisen und Phasen zu begleiten.

Die für die meisten zu einer wenig sinnstiftenden und deshalb selten begehrten „Amtshandlung“ herabgekommene kirchliche Trauung könnte so – ihres fragwürdigen Mo-

nopolcharakters entledigt – als umfassende Weghilfe wieder zu jedermanns Nutz und Frommen dienen.

Anmerkung: Timm Lohse ist der kirchliche Beauftragte der Bremischen Evangelischen Kirche für Familien- und Lebensberatung

US-Studie:

Zusammenleben „auf Probe“ führt nicht zu stabileren Ehen

Das Zusammenleben „auf Probe“ führt später nicht zu stabileren Ehen. Im Gegenteil: Die Wahrscheinlichkeit einer Scheidung in den ersten zehn Ehejahren ist bei Paaren, die vorher ohne Trauschein zusammenge- wohnt haben, doppelt so hoch wie bei jenen, die bis zur Trauung getrennt lebten. Dies ist das Ergebnis einer Langzeitstudie von 13 000 Paaren, die die amerikanischen Soziologen Larry Bumpass und James Sweet an der Universität von Wisconsin in Madison durchgeführt haben. Bumpass führt die hohe Scheidungsrate auf die geringere Verbindlichkeit einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zurück: „Die Partner haben keinen Anspruch aufeinander.“ Dies sei keine gute Einübung für das Durchstehen von Ehekrisen. Die Wissenschaftler fanden ferner heraus, daß 20 Prozent aller „Ehen ohne Trauschein“ im ersten Jahr auseinandergehen, 25 Prozent treten in dieser Zeit vor den Standesbeamten bzw. Traualtar, und 55 Prozent leben weiter zusammen.

Nach fünf Jahren ist der Anteil der inzwischen erfolgten Trauungen auf 56 Prozent gestiegen, 39 Prozent der nichtehelichen Gemeinschaften sind zerbrochen, und 5 Prozent leben weiter ohne Trauschein zusammen. „Ehen auf Probe“ werden in den Vereinigten Staaten immer beliebter: Von allen Paaren, die zwischen 1980 und 1984 geheiratet haben, lebten 44 Prozent bereits vorher zusammen. Zehn Jahre zuvor betrug der Anteil nur 11 Prozent. Insgesamt gibt es nach Angaben des amerikanischen Volkszählungsbüros rund zwei Millionen nichteheliche Lebensgemeinschaften, das sind rund 4 Prozent aller Haushalte.

Quelle: idea Nr. 52/88

Die Einheit der Deutschen mit Leben erfüllen – evangelische Kirche in Ost und West

Albrecht Martin

Auch die zeitliche Entfernung von 27 Jahren hat dem Bau der Mauer, durch den die Regierung der DDR am 13. August 1961 den Verkehr zwischen ihrem Gebiet und der Bundesrepublik Deutschland und den 3 westlichen Besatzungszonen von Berlin unmöglich machte, nichts von seiner Unmenschlichkeit und seinem Widersinn genommen. Es ist in der Geschichte der zivilisierten Staaten Europas einmalig, daß eine Regierung ihr Land einzäunt, um die eigenen Staatsbürger daran zu hindern, ihre Verwandten und Freunde zu besuchen oder auch ihren Wohnsitz außerhalb des Staatsgebietes zu nehmen.

Es ist zwar höchst erfreulich, daß es durch geduldiges Verhandeln der Bundesregierung möglich geworden ist, daß Millionen von Deutschen sich heute wieder gegenseitig besuchen können. Das mildert die Wirkung der Mauer, aber min-

dert nichts an ihrer Brutalität und ihrem Widersinn.

Damals wurde auch die Einheit der deutschen evangelischen Kirchen aufs äußerste belastet. Daß es gleichwohl gelungen ist, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit lebendig zu erhalten, daß es zu regem geistigen Austausch und zu gemeinsamer Stellungnahme zu wichtigen Fragen heute kommen kann, das alles beweist die Einheit der evangelischen Christen in Deutschland.

Unter welch schwierigen Bedingungen die evangelischen Christen in der DDR trotz der von manchen im Westen enthusiastisch begrüßten Entwicklungen auch heute noch leben, zeigt die Behandlung der kirchlichen Presse durch die Behörden der DDR. Ein Regime, das in dieser Weise Pressezensur übt, beweist, daß es Meinungsfreiheit grundsätzlich nicht anerkennt und

daß Religionsfreiheit im besten Fall nur sehr eingeschränkt gilt. Das muß immer wieder deutlich gesagt werden.

Um so unverständlicher ist es, daß manche kirchlichen Kreise bei uns im Westen solche kritischen Anmerkungen als antikommunistische Haltung ablehnen und den Wert unserer freiheitlichen Rechtsordnung, unter der wir in der Bundesrepublik leben dürfen, immer wieder relativieren. Die geschichtliche Erfahrung zeigt mit aller Deutlichkeit, daß Überwindung von Unfreiheit gewiß immer neues geduldiges Verhandeln erfordert, aber ebenso die klare Unterscheidung von Freiheit und Unfreiheit.

Der Jahrestag des Mauerbaues sollte Anlaß sein, darüber neu nachzudenken, und, wenn immer das möglich ist, durch Reisen in die DDR, durch Briefe und Einladungen die Einheit der Deutschen mit Leben zu erfüllen.

Namen und Notizen

Heinrich-Pesch-Preis verliehen

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und CDU-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, **Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm**, wurde mit dem „Heinrich-Pesch-Preis“ ausgezeichnet. Die katholischen Studentenvereine UNITAS wollten damit die Verdienste Blüms „um die Weiterentwicklung und praktische Umsetzung der Christlichen Gesellschaftslehre“ würdigen. Sie wollten zugleich mit der Erinnerung an Professor Heinrich Pesch, dem Sozialethiker und Begründer der Idee des Solidarismus, die heutige Studentengeneration auf die Bedeutung der katholischen Soziallehre für die Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung hinweisen.

EVP-Fraktion fordert Rücktritt von Ceaucescu

Straßburg. Das Vorhaben des rumänischen Staatschefs Ceaucescu, 7000 ungarische Dörfer „dem Erdboden gleichzumachen“, um dort moderne Industrie anzusiedeln, ist in einem Dringlichkeitsantrag der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments schärfstens verurteilt worden. **Dr. Ingo Friedrich**, Vorsitzender des EAK-Bezirksverbandes Mittelfranken, rief im Namen der EVP-Fraktion dazu auf, dem „Despoten von Bukarest“ Einhalt zu gebieten. Jahrhunderte alte Dörfer, die zum Kulturgut des Landes gehören und zur Heimat vieler Tausend Menschen wurden, sollen ausgeradiert werden. Selbst der ungarische Ministerpräsident Karoly Grosz rufe die „internationale Gemeinschaft“ zur Hilfe auf, um das verbrecherische Treiben des „Con-

ductator Ceaucescu“ zu stoppen. Neben den 7000 ungarischen sollen noch unzählige deutsche Dörfer auf dem Vernichtungsplan des kommunistischen Diktators stehen.

In Landessynode wiedergewählt

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Gladbach hat **Dr. Hans-Ulrich Klose**, Mitglied des Presbyteriums der Evangelischen Kirchengemeinde Korschenbroich und erster Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, als Abgeordneten in die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland wiedergewählt.

Klose hat sich in seiner bisherigen Arbeit in der Landessynode besonders den Fragen der politischen und sozialen Diakonie und der Fortbildung des kirchlichen Rechts gewidmet.

Für uns gelesen und besprochen

Klaus Völkers: Das Gebet des Herrn – Quelle der Kraft, Aurum Verlag, Freiburg 1988, 135 Seiten, 19,80 DM

Es ist ein neues Buch über das Vaterunser anzuzeigen. Vielleicht fragt sich der Leser: Gibt es darüber nicht schon genug Literatur? Sind nicht viele auch der Meinung, daß sie genug vom Vaterunser wüßten?

Immerhin ist das Vaterunser nicht ein Gebet, sondern das Gebet der Christenheit. Dieses Gebet kann der Christ nicht genug kennenlernen. Diese Aufgabe, eine gründliche Einführung in dieses Gebet des Herrn zu geben, hat sich der Autor gestellt. Deshalb erklärt er die einzelnen Sätze dieses Gebetes sehr genau. Dabei geht es dem lutherischen Pfarrer nicht darum, dem Leser Theologie beizubringen. Vielmehr ist es seine Absicht, dem Leser eine Hilfe zum betenden und glaubenden Vollzug dieses Gebetes zu liefern.

Außerdem enthält das Buch zahlreiche Abbildungen, so den griechischen Urtext des Gebetes – einmal in genauer deutscher Linearübersetzung – dann den Text in gotischer und hebräischer Sprache.

Das Buch könnte sehr gut auch den Titel tragen: „Beten und glauben“, weil es nämlich Hilfen für beides geben will. Es ist in einem besonderen Sinne ein Buch der Ein-Übung in das Beten und das Glauben.

Hans August Lückert/Karl Josef Hahn: Christliche Demokraten bauen Europa, Europa-Union-Verlag, Bonn 1987.

Der Rückblick auf die eigene Geschichte bringt immer Gewinn und Erkenntnis. Die Christlichen Demokraten, die auf die Geschichte ihres Beitrags an der Einigung Europas zurückblicken, werden daraus Kraft schöpfen können für ihre Arbeit in Gegenwart und Zukunft. Denn tatsächlich ist das Engagement ihrer Parteien in den verschiedenen Ländern Europas und im Rahmen ihrer internationalen, europäischen Organisationen von großer Kontinuität und Kohärenz gekennzeichnet. Die Ergebnisse können sich sehen lassen.

Es ist ein Verdienst, über das europäische Aufbau- und Einigungswerk der Christlichen Demokraten ausführlich Auskunft gegeben zu haben. Hans August Lückert und Karl Josef Hahn, die beide die Geschichte der letzten 40 Jahre miterlebten und mitprägten, haben hierzu ein umfassend informierendes Buch vorgelegt. Es gibt Auskunft über die verschiedenen Aspekte der Sache: die Europapolitik der Christlichen Demokraten, die Entwicklung der einzelnen Parteien, die Bemühungen um ihren Zusammenschluß, die auf europäischer Ebene tätigen Persönlichkeiten etc.

Ulrike Klinkenberg: Opa hatte immer prima Ideen, Brunnen-Verlag, Gießen 1988

„Warum lassen sich Eheleute eigentlich scheiden?“ – „Wie ist das, wenn man tot ist?“...

Eltern, Großeltern, Erzieher, Mitarbeiter – sie alle müssen sich immer wieder unbequemen Fragen stellen, auf die Kinder nun einmal eine Antwort haben wollen und auf die wir doch häufig hilflos reagieren.

Das vorliegende Buch mit Geschichten zu Themen wie Tod, Ehescheidung, Behinderung, Diebstahl u. a. ist für Eltern und alle, die in irgendeiner Form mit Kindern zu tun haben, ein vielseitig einsetzbares und leicht zu handhabendes Hilfsmittel, mit Kindern ins Gespräch zu kommen.

An jede Geschichte schließen sich Informationen sowie Denkanstöße zum Thema an. In knapper, übersichtlicher Form liefern sie Hintergrundwissen und Anregungen für ein weiterführendes Gespräch.

Ein Buch, das in seinen vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten, seiner durchdachten Didaktik uns schwer erkennen läßt, daß es unmittelbar aus der praktischen Arbeit mit Kindern entstanden ist.

Aus unserer Arbeit

Politik und Moral

Rheinisch-Bergischer Kreis. Unter dem Thema „Politik und Moral – Der Zustand unserer Demokratie aus der Sicht eines christlichen Politikers“ führte der EAK Rheinisch-Bergischer Kreis eine öffentliche Veranstaltung durch. Referent war der Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtages und EAK-Landesvorsitzender **Dr. Hans Ulrich Klose** MdL, Neuss.

Dr. Klose machte in seinem Einführungsvortrag deutlich, daß der Zustand unserer Demokratie trotz der Kieler Affäre stabil sei. Allerdings sei die Frage

zu stellen, wie diese Stabilität zu erhalten sei. Die Bürgerinnen und Bürger forderte Klose auf, nicht hinter jedem Problem eine Staatskrise zu sehen oder herbeizureden. Nicht nur im Hinblick auf die Kieler Ereignisse stelle sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Politiker. In diesem Zusammenhang sei deutlich zu sagen, daß der Zweck keinesfalls die Mittel heilige.

In der anschließenden regen Diskussion ging es vor allem um die Frage, an welchen moralischen Maßstäben die Politiker gemessen werden sollten. Klose machte deutlich, daß man von den Politikern zumindest den Mut zur Ehrlichkeit erwarten müsse. Mancher täte auch gut daran, die eigene Ratio-

sigkeit und begangene Fehler einzugestehen, statt den Bürgerinnen und Bürgern etwas vorzugaukeln.

In der vorhergehenden Jahreshauptversammlung hatten die Mitglieder **Detlef Koenig** in seinem Amt als Kreisvorsitzenden einstimmig bestätigt.

Zu seinen Stellvertretern wurden Ernst Landgrebe und der Vorsitzende des Bezirksplanungsrates beim RP Köln, Friedel Burghoff aus Wermelskirchen, bestimmt. Als Schriftführer fungiert Waldemar Paffenrath. Als Beisitzer gehören dem Vorstand Klaus Buff, Egon Graf, Hans Günter Hölzer und Konrad Holtzmann an.

Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordrhein-Westfalen

Wuppertal. „Deutsche und Menschenrechte“ lautete das Thema der Landestagung des EAK Nordrhein-Westfalen in Wuppertal. Etwa 150 Delegierte hörten der begeisternden Rede des CDU-Landesvorsitzenden und Bundesministers **Dr. Norbert Blüm** zu.

„... Gerade wir Deutschen haben aufgrund unserer eigenen leidvollen Vergangenheit die Pflicht, gegen Unrecht an Menschen zu kämpfen. Das ist ein Vermächtnis der Vergangenheit. Und Menschenrechtsverletzungen sind Teil der deutschen Gegenwart. Die Mauer zwischen den beiden Teilen Deutschlands dokumentiert das dramatisch. Der Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze ist nichts anderes als der Vollzug der Todesstrafe ohne Recht und Gesetz. Gefängnis für Menschenrechtsverletzer. Ich trete für ein uneingeschränktes Ja zur Entspannung ein, aber sie darf nicht durch Leisetreterei bei Menschenrechtsverletzungen erkaufte werden...“, rief **Dr. Blüm** den Teilnehmern zu.

„Hört die Nächstenliebe an der Mauer auf?“ fragte **Bernd Wilz**, Präsident des Bundes der Mitteldeutschen, am Anfang seines Referates und formulierte am Schluß offen:

„... Christliche Selbstkritik sollte sich die Frage stellen, ob wir wirklich genug tun, um unseren Landsleuten in der Not zu helfen. In unserer Gesellschaft wird sehr viel geredet und agiert, was Nicaragua, El Salvador, Chile und Südafrika anbetrifft. Manchmal hat man den Eindruck, daß das Engagement wächst, je weiter das betreffende Land von uns entfernt liegt. Auch die evangelische Kirche scheint sich zumindest in Teilen dieser Mode nicht entziehen zu können. Man sollte einmal die Frage stellen, ob hier nicht an die Stelle der Nächstenliebe die „Fernstenliebe“ getreten ist. Sicherlich gibt es auch in den exotischen Ländern viele Menschen, die unserer Hilfe bedürfen. Deshalb sind auch Hilfsaktionen für sie positiv einzuschätzen. Aber jeder, der das Geschehen in der Bundesrepublik mit wachen Augen verfolgt, muß doch zu dem Schluß kommen, daß unser Engagement überaus einseitig ist. Der Kampf für die Rechte von Angehörigen des eigenen Volkes scheint nicht mehr, in' zu sein. ...“

An die Grundlagen, die für Christen in der Politik maßgeblich sein müssen,

erinnerte der EAK-Landesvorsitzende, **Dr. Hans-Ulrich Klose**, MdL, in seinem ausführlichen Tätigkeitsbericht:

„... Eine Politik, die sich an christlicher Verantwortung orientiert, ist sich bewußt, daß sie ihre Entscheidungen an den grundgesetzlich verankerten Werten, nämlich den Zehn Geboten, zu messen hat. Daraus folgt, daß die sich aus dem christlichen Menschenbild ergebenden Normen in der Gesetzgebung beachtet werden müssen. Sie gelten auch dann, wenn eine ihnen entfremdete, zeitgenössische Mehrheit sie für nicht mehr bindend halten sollte. Diese unumstößlichen Grundsätze dürfen nicht einer Anpassungsethik geopfert werden.“

Eine Politik aus christlicher Verantwortung muß sich bewußt sein, daß sie stets als Anwalt der Menschenwürde und der Menschenrechte aufzutreten hat. Die Verpflichtung schließt ein, daß der Mensch über menschliches Leben nicht verfügen darf, da dieses den höchsten Anspruch auf Schutz und Achtung seiner Würde hat. ...“

Die Delegierten wählten **Dr. Klose**, anschließend erneut für zwei Jahre zum Landesvorsitzenden des EAK in Nordrhein-Westfalen. Stellvertreter wurden wie bisher **Jochen Borchert**, MdB, **Peter Hintze**, **Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg**, MdL, und **Dr. Gerhard Rödding**. Neu hinzugekommen ist Frau **Angelika Schulz** aus Bielefeld. Schriftführer wurde erneut Pfarrer **Burkhard Budde** aus Spenge.

Ferner hatte die Versammlung die 20 Beisitzer neu zu bestimmen, sowie die Delegierten zum Landespartei-tag und für den Bundesarbeitskreis zu wählen.

Große Zustimmung fand abschließend eine Resolution zum Religionsunterricht in der gymnasialen Oberstufe. Darin wird die Landesregierung aufgefordert:

- die geplante Pflichtbindung für das Fach Sozialwissenschaft endlich aufzugeben und so auf eine Massenvertreibung aus dem Religionsunterricht zu verzichten,
- alle Überlegungen einzustellen, das Fach Religion den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern zuzuordnen,
- durch die Einstellung neuer Religionslehrer einen ordnungsgemäßen Unterricht zu gewährleisten, um so dem Unterrichtsausfall entgegenzuwirken,
- den Verfassungsrang des Religionsunterrichts auch in der gymnasialen Oberstufe zu garantieren.

Damit will der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Nordrhein-Westfalen die Kirchen und die CDU-Landtagsfraktion in ihrem Bemühen unterstützen, die Aushöhlung des Religionsunterrichtes in unseren Schulen zu verhindern.

Über Albert Schweitzers Wirken

Bremervörde. Prof. Dr. Dr. **Hermann Mai** zeigte auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Rotenburg Bilder aus seinem Leben, das über lange Jahre mit dem Albert Schweitzers verknüpft war. Anlaß des Vortrages war das 75jährige Bestehen des Urwaldhospitals in Lambarene, wo Schweitzer von April 1913 bis zu seinem Tode arbeitete.

Albert Rathjen, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises, führte kurz in die Lebensdaten Schweitzers ein. Hermann Mai zeigte sich auch nach mehr als zwei Jahrzehnten noch beeindruckt: „Albert Schweitzer ist sehr schwer zu charakterisieren.“ Er machte dafür die geistige Vielfalt des Friedensnobelpreisträgers verantwortlich. Schweitzer war Arzt, Theologe, Philosoph und Musiker. Seine Ausstrahlungswirkung wirkte bis in die Gegenwart, meinte Mai.

Situation der Kirchen in der DDR

Ettlingen. Vor dem EAK der CDU in Ettlingen hielt Frau **E. Hanisch** einen sehr beachteten und engagierten Vortrag über die derzeitige politische Situation der DDR, ging dabei insbesondere auf die Rolle der Kirche und abschließend auch auf die Politik Gorbatschows ein.

Demokratie und Sozialismus sind nach den Worten der Referentin nicht vereinbar, was sich vor allem an den bei uns selbstverständlichen, in der DDR nicht gegebenen Grundrechten der Meinungs-, Demonstrations-, Versammlungs- und Pressefreiheit etc. zeigt. Frau Hanisch machte jedoch deutlich, daß die Kirchen der DDR nicht den Konflikt, sondern einen Weg der Koexistenz im sozialistischen Staat suchen. Trotz aller Schwierigkeiten versuchen sie eine normale Beziehung zum Staat aufzubauen, wozu Voraussetzung ist, daß die herrschende Gesellschaftsordnung nicht grundsätzlich abgelehnt oder bekämpft wird.

Widerstand im demokratischen Rechtsstaat

Hofheim. Gibt es Widerstandsrecht im demokratischen Rechtsstaat? Unter dieser Fragestellung stand eine Diskussionsveranstaltung, zu der der Evangelische Arbeitskreis der CDU Hessen unter der Leitung von **Arnulf Borsche** nach Hofheim am Taunus eingeladen hatte. Im Großen Sitzungssaal des Kreishauses des Main-Taunus-Kreises diskutierten Hessens Innenminister **Gottfried Milde**, der stellvertretende Kirchenpräsident der Evangelischen Kirchen von Hessen und Nassau, **Hans Martin Heusel**, und der Polizeipfarrer der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau, **Hans Hartwig von Goessel**. Die Diskussionsleitung hatte der stellvertretende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, **Michael Bergmann** (Darmstadt), inne.

In seinem einleitenden Referat erinnerte Innenminister Gottfried Milde an die Widerstandsbewegung des 20. Juli, die gerade von vielen engagierten Christen geprägt gewesen sei. Ihr mutiger Einsatz gegen das braune Unrechtsregime hätten sie mit Drangsal, Not, Kerker und zum Teil mit ihrem Leben bezahlen müssen. Gottfried Milde wörtlich: „Aus der Geschichte haben wir gelernt, daß menschliches Zusammenleben ohne eine Grundordnung, die Menschenrechte und Menschenwürde garantiert, in politischer Willkür, Terror, Gewalt und Leid endet.“

Der Innenminister sprach sich dafür aus, den Grundkonsens zur demokratischen Wertordnung zu wahren. Der uralte Konflikt zwischen Recht und Ethik lasse sich auch im Rechtsstaat des Grundrechts nicht gänzlich auflösen. Maßstab für die notwendige politische Auseinandersetzung müsse aber die unantastbare Würde des Menschen sein.

Auch Hans Martin Heusel von der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau erinnerte an den Widerstand des 20. Juli. Heusel legte die Gründe dar, die seine Kirche dazu veranlaßt hätten, gegen Pfarrer, die sich an Sitzblockaden beteiligten, keine weiteren kirchlichen Disziplinarmaßnahmen einzuleiten.

Polizeipfarrer Hans Hartwig von Goessel forderte von Politik und Kirche vor allem Hilfen zur Bewältigung des ethischen Konfliktes, dem sich die Polizei im Einsatz ausgesetzt sehe.

Zur Weltgebundenheit von Politik

Bremen. Wesentliche Aspekte des Leitantrages zum Christlichen Menschenbild, der auf dem Wiesbadener Bundesparteitag der CDU beraten wurde, erörterte Minister **Albrecht Martin**, der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, vor einem sehr interessierten Gesprächskreis. Das christliche Menschenbild sei unverzichtbar, wenn man in angemessener Weise auf das Entstehen und Aufwachsen, das Altwerden und Sterben von Menschen eingehe oder deutlich mache, wie Arme und Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen seien, menschenwürdiger leben könnten, aber das christliche Menschenbild sei auch verpflichtend für die im Parallelantrag erörterten Fragen der Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik.

Albrecht Martin hat in diesem intensiven Gespräch geklärt, daß eine christliche Politik nicht das Reich Gottes zu verwirklichen anstreben sollte, sondern ein Christ könnte und sollte in einer geschaffenen und dem Menschen anvertrauten Welt verantwortlich handeln, das ihm Mögliche klug und gerecht tun.

„Zwischen Gazastreifen und Golanhöhen – Israel heute“

Bonn. Vor über 40 Zuhörern sprach Isrealexperte **Norbert Chauvistré** auf einer Veranstaltung der Evangelischen Arbeitskreise Bonn und Rhein-Sieg über die gegenwärtige Krisensituation in Israel und ihre Hintergründe.

Im Anschluß an den informativen und eindrucksvollen Vortrag nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit, den Referenten intensiv nach seinen persönlichen Erfahrungen zu befragen.

Evangelische Kirche und politische Theologie

Nagold. Auf der gut besuchten Vortragsveranstaltung des Ev. Arbeitskreises Nagold sprach der Ehrenvorsitzende des EAK Baden und ehemalige Kultusminister Baden-Württembergs **Prof. Dr. Hahn** zu dem Thema „Evangelische Kirche und politische Theologie“.

Der Abend wurde vom Vorsitzenden des EAK Nagold **Ulrich Eißler** mit einer kurzen biblischen Besinnung über die Tageslosung der Herrnhuter Brüderge-

meinde aus Psalm 25, Vers 15 eingeleitet. Dann sprach Oberbürgermeister **Prof. Dr. Schultis** ein Grußwort. Prof. Dr. Hahn sei ihm immer in seiner Geradlinigkeit als Politiker und Christ ein Vorbild gewesen. Mit Dank überreichte er ihm das zum Jubiläum Nagolds erschienene Buch „1200 Jahre Nagold“.

Der Referent knüpfte dann an die Flugzeugentführung in Algier an. Seit Jahren beobachte man zunehmende Gewalttaten von Menschen, die ihr Tun mit religiösen Verpflichtungen verbinden. Auch an anderen Beispielen aus der Welt zeigte er, daß das Eindringen religiöser Überzeugungen in politische Aktionen zu Fanatismus und unglaublichen Unmenschlichkeiten führe. So sei weltweit eine politische Theologie entstanden, die zum politischen Kampf aufrufe. Die christliche Botschaft würde damit aber völlig anders als bisher verstanden. Dadurch sei der größte Bruch im Verständnis der christlichen Botschaft seit der Reformation entstanden. Jesus wird als Sozialrevolutionär gesehen. Die Nöte der Welt, z. B. auch die sozialen Nöte der Dritten Welt, würden ein solches Übergewicht bekommen, daß etwa die Frage nach einem persönlichen Gott völlig in den Hintergrund tritt.

Arbeitskreis soll evangelischem Gedankengut Gewicht verschaffen

Oberursel. Geburtshilfe bei der Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hochtaunus leistete der Bundesvorsitzende, Staatsminister **Albrecht Martin**, bei einem Diskussionsabend der Oberurseler CDU in der Stadthalle. **Rotraut Theiß** aus Oberursel wurde mit den organisatorischen Vorbereitungen betraut. Der Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, **Arnulf Borsche**, erläuterte die Ziele dieser Interessengruppe innerhalb der CDU. Ziel des Evangelischen Arbeitskreises sei es, evangelischem Gedankengut innerhalb der CDU Gewicht zu verschaffen und die Ziele der Partei innerhalb der evangelischen Kirche zu verdeutlichen.

Er begrüßte die Initiative zur Gründung des Kreisverbands seiner Organisation ebenso wie der CDU-Landtagsabgeordnete **Wilhelm Küchler**.

Zahlreiche CDU-Mitglieder aus dem ganzen Hochtaunuskreis meldeten nach dem Abend in der Stadthalle ihr Interesse an einer offiziellen Gründung an. CDU-Mitgliedschaft ist nicht Voraussetzung. Interessenten können sich wenden an Frau Rotraut Theiß, Mainstraße 23, in Oberursel oder an die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Bad Homburg.

Evangelischer Arbeitskreis Siegen-Wittgenstein hat neuen Vorstand

Siegen-Wittgenstein. In seiner Jahreshauptversammlung wählte der EAK Siegen-Wittgenstein seinen Vorstand für die nächsten zwei Jahre: Hans Müller, Kreuztal, Vorsitzender; Werner Irl, Kreuztal und Gerhard Loos, Freudenberg, stellv. Vorsitzende; Friedrich Hampe, Neunkirchen und Hans Schmidt, Bad Berleburg, Schriftführer; Jutta Capito, Neunkirchen, Manfred Daub, Wilnsdorf, Ilona Moll, Siegen-Hüttental, Ulrich Neeb, Siegen, Anni Schmidt, Bad Laasphe und Walter Stahl, Burbach, Beisitzer.

Große Aufmerksamkeit fand der Parlamentarische Staatssekretär **Dr. Horst Waffenschmidt** mit seinen praxisbezogenen Ausführungen zum Thema „Christlicher Glaube und politisches Handeln heute“. Dabei unterstrich er die doppelte Dimension des Liebesbotes Christi („Liebe Gott und liebe Deinen Nächsten!“) und die Macht des Gebetes, die alle Christen verpflichte; Politiker aller Fraktionen seien auf die mittragende Kraft der Fürbitte angewiesen.

Wird der Mensch gegen die Wirtschaft ausgespielt?

Freiburg. Die gegensätzlichen Interessen von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Kirchen in der Frage nach einer Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots sind jetzt erneut bei einer Diskussionsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Freiburg deutlich geworden. Während der Freiburger DGB-Kreisvorsitzende **Peter Dreßen** den sozialen Schutz der Arbeitnehmer, der evangelische landeskirchliche Beauftragte für Industrie- und Sozialarbeit, **Pfr. Christof Binder**, neben religiösen Gründen auch die gesellschaftliche Notwendigkeit eines für alle verbindlichen Ruhetages gegen die Aufweichung der bestehenden Gesetzeslage anführten, forderte aus wirtschaftlichen Erwägungen der Unternehmer **Karl-Heinz Wenig** vom Verband der Druckindustrie Freiburg mehr Ausnahmege-nehmigungen.

Zwar betonte Arbeitgebervertreter Wenig gleich zu Beginn einen Grundkonsens über die Frage, den Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei zu halten, trat dann aber dennoch für stärkere Ausnahmeregelungen ein: „Wir dürfen uns aus der Wirtschaft nicht ausklinken“, so sein Argument.

Otto Anz †

Otto Anz, Kreisvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Waldshut, starb am 20. Juli 1988 im Alter von 70 Jahren. Der ehemalige Regierungsdirektor war aktiv tätig in der evangelischen Kirche, u. a. als Mitglied der Bezirkssynode des evangelischen Dekanats Hochrhein, außerdem als stellvertretender Vorsitzender des Ältestenkreises der Pfarrei St. Blasien und des Kirchengemeinderates, sowie als Kirchenältester seiner Gemeinde St. Blasien-Menzenschwand. Durch sein persönliches Engagement und intensive Grundsatzarbeit gelang es dem EAK-Waldshut, auf seinen Veranstaltungen Mitbürger für eine verantwortungsbewußte Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen.

Südafrika: Hoffnung auf friedlichen Wandel nicht aufgeben

Freiburg. Apartheid und Menschenrechte schließen einander aus, daher könne das südafrikanische Apartheidsystem nicht ‚reformiert‘ werden, sondern müsse ‚eliminiert‘ werden. Von dieser Forderung ging der Geschäftsführende Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Baden, **Dr. Hans-Jörg Hirschmann**, in einem Vortrag zum Thema „Konfliktfeld Südafrika, friedlicher Wandel oder Revolution?“ aus, in dessen Verlauf er sich insbesondere gegen Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika wandte. Hirschmann sprach vor dem EAK Freiburg, der in einer Mitgliederversammlung zuvor die Juristin **Dr. Barbara Lichtenthäler** zur neuen Vorsitzenden gewählt hatte.

Hirschmann, der im Auftrag des Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft unter der Trägerschaft der „Offensive Junger Christen“ mehrfach in Südafrika war, hielt sich jedoch nicht für befugt, „Lösungsvorschläge“ oder „Patentrezepte“ anzubieten: „Je mehr man sich in Südafrika aufhält, desto mehr erkennt man, wie komplex die Dinge dort sind.“

So erklärte er, daß der Schlüssel für eine Lösung auf absehbare Zeit sicher noch bei der weißen Bevölkerung liege, betonte aber zugleich auch, daß die weißen Regierungen der letzten 25 Jahre zwar zu Zuständigkeiten an die anderen Bevölke-

rungsgruppen bereit waren, den Weg zum Abbau der Apartheid aber nie aufgenommen hätten, sondern vielmehr die Rassentrennung durch subtilere Formen aufrechterhielten, wie beispielsweise durch die Schaffung der sog. Homelands. Die Möglichkeit einer gewaltsamen Ablösung der weißen Regierung schloß Hirschmann für mindestens die kommenden zehn Jahre aus, da sie über beachtliche und bislang kaum eingesetzte Machtmittel verfüge.

Jugendarbeitslosigkeit – Heraus- ragendes Thema unserer Zeit

Essen. Zu einem Gedankenaustausch mit Vertretern des Essener CVJM lud der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU aus Essen ein. Vorgestellt wurde ein Projekt des CVJM zur Vermittlung von jugendlichen Arbeitslosen.

Die Ausführungen des Kreisvorsitzenden CVJM **Ehring** waren sehr informativ und gaben ein plastisches Bild über die Effizienz des Modells der Partnerschaften. Es kamen auch mehrere Paten zu Wort, die über ihre Erfahrungen berichteten. Bei der Gelegenheit wurde auch das erst vor zwei Wochen projektierte Modell des Handlungsprogramms der Stadt Essen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit vorgestellt. Alle waren sich aber darüber einig, daß Vorhaben und Modelle nur dann ihren eigentlichen Sinn erfüllen, wenn sie auch praxisbezogen sind und vor Ort mit Leben erfüllt werden.

Der EAK-Vorsitzende, **Dr. Dieter Lingenberg**, brachte zum Ausdruck, daß gerade das Beispiel des CVJM und die dabei erzielten Erfolge vor Ort den EAK dazu motivieren sollten, diesem Beispiel zu folgen.

Den EAK Essen erreichte folgende positive Reaktion vom Jugendreferat des Evangelischen Stadtkirchenverbandes aus Essen:

Betr.: Projekte gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Sehr geehrter Herr Dr. Lingenberg,

vielen Dank für die Einladung des EAK der CDU. Das Gespräch war ja sehr interessant, und manche Äußerungen von Herrn Ehring regten zum längeren Nachdenken an.

*Namentlich gekennzeichnete
Beiträge stellen die Meinung
des Verfassers dar, nicht un-
bedingt die der Redaktion oder
des Herausgebers.*

6. Theologisches Abendgespräch des EAK Baden

**»Politische Theologie
und ihr Einfluß weltweit«**

Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Heidelberg

Montag, den 26. September 1988, 19.30 Uhr

Heinz-Schuchmann-Haus, Heilbronner Straße 30
7500 Karlsruhe-Rintheim

Gesamtleitung: Hans-Michael Bender, Karlsruhe

**Über
menschliches Leben
darf nicht
verfügt werden**

Dokumentation der Diskussion
und der Beschlüsse des
36. Bundesparteitages
zum Schutz des Lebens
und der Würde des Menschen

Auszug aus der Niederschrift
und Beschluß des Parteitages
Wiesbaden - 14. Juni 1988



**Tagung der Hermann-Ehlers-Akademie
und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU**

»Konfliktfeld Südafrika«

Samstag, den 10. September 1988, 9.00 – 17.00 Uhr
Reichstagsgebäude, Scheidemannstr. 2, 1000 Berlin 21

9.15 Uhr – 12.30 Uhr **Vorträge:**
Dr. Klaus Lefringhausen, Bonn
Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, MdB, Bonn

14.00 Uhr – 17.00 Uhr **Podiumsdiskussion:**
Quo vadis Südafrika
– Die Zukunft am Kap und die Politik des Westens –

Leitung: Udo Marin, Berlin
Birgit Heide, Bonn

Anmeldung: Udo Marin, Hermann-Ehlers Akademie, Knesebeckstr. 20, 1000 Berlin 12

Einzelexemplare können kostenlos be-
stellt werden bei:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1
Best.-Nr. 5095

Unsere Autoren:

Hartmut Steeb
Stützenburgstraße 7
7000 Stuttgart 1

Dr. Paul Hoffacker, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Timm Lohse
Carl-Ronning-Straße 2
2800 Bremen 1

Albrecht Martin
Minister für Bundesangelegenheiten
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
Schedestraße 1
5300 Bonn 1